



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Photovoltaikstrom effizient managen – Eigenverbrauch ermöglichen statt abregeln

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den bayerischen Verteilnetzbetreibern, den Fachverbänden des Elektrohandwerks und der Photovoltaikbranche Lösungen zu erarbeiten und eine entsprechende Kampagne zu verbreiten, um den Eigenverbrauch von Photovoltaikanlagenbetreibern bei Netzengpässen ihrer Anlage zu ermöglichen.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, eine Initiative zu starten, den flächendeckenden Roll-Out von Smart-Metern in Bayern zu beschleunigen.

Begründung:

Im Freistaat werden nicht nur Photovoltaikanlagen an immer mehr Stunden im Jahr abgeregelt, sondern immer häufiger auch der Eigenverbrauch von Anlagenbesitzern unterbunden. Dies führt dazu, dass Anlagenbesitzer zum einen ihren Überschussstrom nicht ins Netz einspeisen können und zum anderen ihren selbst produzierten Strom nicht verwenden können. Aufgrund der mangelhaften Ertüchtigung des in die Jahre gekommenen Stromnetzes, des zu geringen Digitalisierungsgrads und des fehlenden Stromnetzausbaus ergreifen Verteilnetzbetreiber immer häufiger Maßnahmen zur vorsorglichen Stabilisierung ihres Netzes. Der Umfang der Eingriffsmaßnahmen ist inzwischen so groß, dass selbst kleine Anlagen unter 10 kWp zunehmend abgeregelt und der Wechselrichter ausgeschaltet wird. Dies zeigt, wie groß das Defizit bei der Stromnetzinfrastruktur ist. Hier besteht sehr großer Handlungsbedarf. Die Verhinderung des Eigenstromverbrauchs ist nicht nachvollziehbar, da der selbst erzeugte Strom das Stromnetz nicht belastet und direkt vor Ort verbraucht wird. Durch die Ausschaltung des Wechselrichters wird wertvoller Photovoltaikstrom direkt beim Erzeuger nicht genutzt. Dies ist für Anlagenbetreiber nicht nachvollziehbar und gefährdet somit die Akzeptanz des Ausbaus der Erneuerbaren Energien. Oftmals sind hierbei energieintensive Einrichtungen wie beispielsweise Kläranlagen betroffen, die den eigens produzierten Sonnenstrom nicht verwenden dürfen, obwohl sie das ganze Jahr über 24/7 entsprechende Nachfrage haben. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, gemeinsam mit den Netzbetreibern, dem Innungsverband für das Elektrohandwerk und den Verbänden der Photovoltaikbranche Maßnahmen zu entwickeln, um einerseits das Wissen über den richtigen Anschluss der Photovoltaikanlage vonseiten des Elektro-Fachbetriebs zu verbreiten, den Smart-Metern-Rollout zu beschleunigen und intelligente Messsysteme stärker zu verbreiten. So könnte schon heute der Zugriff des Netzbetreibers nicht auf

den Wechselrichter erfolgen, sondern auf den Netzeinspeisepunkt. Ältere Anlagen können hier durch die richtige Verdrahtung so eingestellt werden, dass eine Eigenstromnutzung möglich ist. Die Nutzung des Solarstroms kann so erfolgen und die Anlage wird dann für die Engpasszeit eine Nulleinspeiseanlage. Ebenso ist die Möglichkeit der Antragstellung beim Netzbetreiber auf Nicht-Beanspruchbarkeit bekannter zu machen. Die rechtlichen Voraussetzungen hat der Bundesgesetzgeber geschaffen. Es mangelt aber an der Umsetzung. Und hier ist eine Kampagne der Staatsregierung dringend nötig.